

## Antworten der Partei/Gruppierung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (GRÜNE)



KLIMABÜNDNIS KARLSRUHE

# WAHLPRÜFSTEINE ZUR KOMMUNALWAHL AM 9. JUNI 2024

|   |       |
|---|-------|
| Vorwort   | S. 2  |
| THEMA 1: Klimaschutz - Ziele, Umsetzung und Kontrolle | S. 3  |
| THEMA 2: Bürger:innenbeteiligung und Bildung          | S. 4  |
| THEMA 3: Wirtschaft                                   | S. 5  |
| THEMA 4: Bauen und Wohnen                             | S. 6  |
| THEMA 5: Mobilität                                    | S. 7  |
| THEMA 6: Stadtklima, Grünflächen, Biodiversität       | S. 8  |
| THEMA 7: Energie                                      | S. 9  |
| THEMA 8: Ernährung                                    | S. 10 |

## **Vorwort**

„Der Klimawandel in 20 Worten: Er ist real. Wir sind die Ursache. Er ist gefährlich. Die Fachleute sind sich einig. Wir können noch etwas tun.“ \*

Das Klimabündnis Karlsruhe, in dem mehr als 80 Vereine und Gruppen aus der Klima- und Umweltbewegung in Karlsruhe vertreten sind, legt den zur Kommunalwahl 2024 antretenden demokratischen Parteien/Listen die folgenden Wahlprüfsteine vor. Parteien und Gruppierungen, die den menschengemachten Klimawandel leugnen, legt das Klimabündnis die Wahlprüfsteine nicht vor, da sie Wissenschaftsfeindlichkeit und Desinformation verbreiten und dem entsprechend auch keine Lösungen anzubieten haben.

Die 23 Fragen entstanden auf der Grundlage des umfangreicheren Forderungskatalogs, den das Klimabündnis im Februar 2022 der Stadt Karlsruhe und den demokratischen Gemeinderatsfraktionen übergeben hat. Sie basieren auf dem breiten wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Einvernehmen, dass der menschengemachte Klimawandel eine der größten Herausforderung unserer Zeit ist.

Die Auswirkungen des Klimawandels und die dagegen notwendigen Maßnahmen bedrohen auch die soziale Sicherheit und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die demokratischen Parteien haben darum eine besondere Verantwortung, den Menschen Sicherheit und Perspektiven für eine lebenswerte Zukunft zu geben. Die vorliegenden Wahlprüfsteine und die Antworten der Parteien sollen den Wähler:innen die nötige Orientierung für ihre Wahlentscheidung am 9. Juni 2024 bieten.

\* Anthony Leiserowitz, Yale University: Climate Change in just 10 Words: It's real. It's us. Experts agree. It's bad. There's hope.

## THEMA 1: Klimaschutz - Ziele, Umsetzung und Kontrolle

Die 2015 festgelegten "Pariser Klimaziele" besagen, dass der globale Temperaturanstieg deutlich unter 2 °C und möglichst unter 1,5 °C im Vergleich zum vorindustriellen Zeitalter liegen soll. Deshalb muss die Gesamtmenge an weiteren menschenverursachten Treibhausgasemissionen innerhalb eines vom Weltklimarat ermittelten Restbudgets bleiben. Um dies einzuhalten, müssen wir die realen Treibhausgasemissionen erfassen und sofort massiv und transparent nachvollziehbar senken.

Die Transformation Karlsruhes in eine klimaneutrale und klimaangepasste Stadt erfordert ein wirksames Gesamtkonzept und stellt die Strukturen und Entscheidungsprozesse der kommunalen Verwaltung vor große und langfristige Herausforderungen.

1.1) Wie kontrollieren Sie, dass Karlsruhe sein Restbudget einhält und die Klimaneutralität bis 2040 erreicht? Wie sorgen Sie dafür, dass alle Bürger:innen sich auf einfache und verständliche Weise über den aktuellen Stand Karlsruhes auf seinem Weg zur Klimaneutralität informieren können?

**Antwort:**

Auf dem Weg zur klimaneutralen Stadt nimmt das Karlsruher Klimaschutzkonzept 2030 eine zentrale Rolle ein. Wichtig bleibt dessen ausreichende Finanzierung. Wir werden auch in den kommenden Haushaltsberatungen darum kämpfen, dass die notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt werden. So gewährleisten wir den Beitrag der Stadt zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele. Durch regelmäßiges Monitoring der Klimaschutzmaßnahmen samt deren Erfolgskontrolle sowie laufender Ergänzung und Verbesserung von Einzelmaßnahmen sichern wir ab, dass die Stadt Karlsruhe ihr Restbudget an klimaschädlichen Emissionen nicht überschreitet. Wir unterstützen die Klimakampagne der Stadt „KA- wir machen Klima“ auf sämtlichen Kommunikationskanälen. Bürger\*innen finden zudem alle Informationen zum Klimaschutzkonzept und den Stand der Umsetzung auf der städtischen Website. Das wollen wir aktuell halten.

1.2) Halten Sie es für notwendig, Strukturen und Zuständigkeiten innerhalb der städtischen Verwaltung zu verändern, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen? Wenn ja, welche konkreten Vorstellungen haben Sie dazu?

**Antwort:**

Sowohl die Aufgaben des Klimaschutzes als auch die Herausforderungen der Klimafolgenanpassung stellen Querschnittsaufgaben für die gesamte städtische Verwaltung dar. Sie betreffen auch die städtischen Unternehmen. Wesentlich ist aus unserer Sicht daher, die Kooperation der unterschiedlichen Akteur\*innen in der Verwaltung und der städtischen Gesellschaften untereinander. Je nach Aufgabe kann es sinnvoll sein, koordinierende Gremien oder Arbeitsgruppen einzurichten oder Personen mit der Koordination zu beauftragen. Ein Beispiel hierfür ist der Ausbau des Fernwärmenetzes: Er betrifft die Belange vieler Fachbereiche wie die des Tiefbaus, der Stadt- und Verkehrsplanung, des Gartenbaus (Stadtbäume). Wir sehen nicht die Umgestaltung von Strukturen, sondern vielmehr die Förderung der Kooperation und der Ausrichtung des gesamten Handelns der Verwaltung auf den Klimaschutz als wesentlich für den Erfolg an.

## THEMA 2: Bürger:innenbeteiligung und Bildung

2.1) Viele Bürger:innen wollen sich für Karlsruhe engagieren. Trotz vielfältiger Beteiligungsformate fühlen sie sich von Verwaltung und Politik aber nicht ernst genommen oder schlecht informiert.

Welche konkreten Ideen haben Sie, die Kommunikation mit den Bürger:innen zu verbessern und die Menschen besser in Prozesse der Entscheidungsfindung einzubeziehen?

Antwort:

Konkret einbeziehen möchten wir in Form von Bürger\*innenräten: Wir wollen das Instrument auch in Karlsruhe erproben und Erfahrungen damit zu sammeln. Das könnte beispielsweise in einem Beteiligungs-Pilotprojekt zur Zukunft des ÖPNV oder zu den Potenzialen der Geothermie geschehen. Denn Kommunikation zwischen Verwaltung, Politik und Bürger\*innen ist kein Selbstläufer. Zur verwaltungsübergreifenden Abstimmung von Prozessen und für zielgruppengerechte Ansprache braucht es ausreichend personelle Ausstattung. Außerdem erfordert Mitsprache sachliche und umfassende Information. Deshalb wollen wir die Transparenz von Politik und Verwaltung fördern, zum Beispiel durch den Ausbau des Transparenzportals der Stadt Karlsruhe oder durch die Videoübertragung der Gemeinderatssitzungen. Das Miteinander in der Stadt und den Stadtteilen lebt vom bürgerschaftlichen Engagement. Die Förderung der sozialen Quartiersentwicklung sowie von Genossenschaften für das Gemeinwohl ist uns deshalb besonders wichtig.

2.2) Wie wollen Sie Kitas, Schulen und nicht-städtische Bildungsinitiativen bei deren Bildungsangebot in den Bereichen Klima, Umwelt, Artenschutz und Biodiversität unterstützen?

Antwort:

Bildungseinrichtungen sind Orte der Zukunft. Wir wollen erreichen, dass alle städtischen Kitas und Schulen einen Schulgarten oder Biodiversitätsprojekte einrichten können. Dazu sollen sie ein Starterbudget für Pflanzen und Geräte sowie eine fachpädagogische Beratung erhalten. Niedrigschwellige Projekte wie Biodiversitäts-Trockenmauern sollen ebenfalls berücksichtigt werden. Im Hinblick auf die Klimaanpassung wollen wir unsere Schulen künftig mit Trinkwasserspendern, ausreichend Schatten auf dem Schulhof und Lernräumen mit erträglichen Temperaturen an Hitzetagen ausstatten. Ein Hebel zur Co2-Senkung ist die Ernährung. Wir setzen uns bei Grund- und weiterführenden Schulen sowie Kitas dafür ein, auf eine vollständig vegetarische Essensversorgung umzustellen. Auch vegane Angebote sollen an den Schulen bei Bedarf angeboten werden.

2.3) Streben Sie den Ausbau von Klimapartnerschaften mit Projekten im Globalen Süden an? Mit welchen Maßnahmen wollen Sie ein breiteres Verständnis in Bevölkerung und Politik für die Auswirkungen unseres Lebens und Wirtschaftens auf die Menschen im Globalen Süden erreichen?

Antwort:

Ein Hebel zur Veranschaulichung der globalen Ungerechtigkeit ist die Kultur. Sie kann den Blick auf gesellschaftlich relevante Themen wie die Nachhaltigkeitsziele aus der Agenda 2030 lenken und zur Diskussion und Wertevermittlung beitragen. Ebenso ansetzen wollen wir bei den Marketingmaßnahmen der Stadt und der städtischen Gesellschaften: Sie sollen neben den drei momentanen Markenkernen der Stadt (Innovation, Recht und Medienkunst) die Nachhaltigkeit in den Fokus rücken. In erster Linie aber leisten zahlreiche Initiativen und Verbände in Karlsruhe unverzichtbare Arbeit in Bezug auf Umweltinformation, Umweltschutz und Verbraucher\*innenberatung. Wir sprechen uns dafür aus, dass die Stadt ihre finanzielle und materielle Unterstützung für Gruppierungen, die im Umweltschutz tätig sind, aufstockt. Zudem setzen wir uns beispielsweise dafür ein, dass Initiativen von Bürger\*innen, die Gebrauchsgegenstände reparieren, tauschen oder ausleihen, unterstützt werden.

### **THEMA 3: Wirtschaft**

Wirtschaftsbetriebe haben häufig einen großen ökologischen "Fußabdruck". Die Stadt Karlsruhe kann durch geeignete Maßnahmen in ihrem Einflussbereich Unternehmen unterstützen, nachhaltiger zu wirtschaften. Die Stadt Karlsruhe ist mit den Unternehmen, die ihr ganz oder anteilig gehören,

selbst ein wichtiger wirtschaftlicher Faktor. Sie hat damit eine Vorbildfunktion für nachhaltiges und klimaneutrales Handeln.

3.1) Wie wollen Sie erreichen, dass die Stadt Karlsruhe, ihre Eigenbetriebe und Gesellschaften nachhaltig und klimaneutral wirtschaften und so ihrer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung gerecht werden? Was wollen Sie bis zum Ende der neuen Wahlperiode konkret erreicht haben?

Antwort:

Wir können einen direkten Einfluss auf die wirtschaftliche Tätigkeit der Stadt Karlsruhe bei Ausschreibungen und Vergaben nehmen. Dabei können bis zu 50% der Bewertungskriterien unabhängig von wirtschaftlichen Aspekten sein. Das wollen wir ausreizen und außerdem Kriterien, wie längere Transportwege, ehrlich bepreisen lassen und damit rechtssicher in die Ausschreibungen aufnehmen. Zudem wollen wir durch die höhere Gewichtung nachhaltiger Produkte deren höhere Kosten ausgleichen, so wie das schon beim Bio-Essen für die Schulverpflegung funktioniert. Für die städtischen Gesellschaften haben wir bereits Nachhaltigkeits- oder Klimaschutzstrategien eingefordert. Nun geht es darum, diese umzusetzen und beispielsweise die Fahrzeugflotten zu dekarbonisieren und den PV-Ausbau auf eigenen Dächern zu beschleunigen. Wir wollen erreichen, dass neben Effizienzmaßnahmen auch grundsätzlich (Primär-)Energie eingespart wird.

3.2) Welche Anreizsysteme werden Sie einsetzen, um privatwirtschaftliche Unternehmen dabei zu unterstützen, nachhaltig und klimaneutral zu handeln und Karlsruhe für neue nachhaltig wirtschaftende Betriebe attraktiv zu machen?

Antwort:

Um nachhaltiges, unternehmerisches Handeln zu unterstützen, können wir – wenn auch wenige – kommunale Steuern erheben und Fördersysteme etablieren. Beides tun wir schon, wie zum Beispiel die Förderung von betrieblichen Lastenrädern. Wir haben erreicht, dass die Verpackungssteuer ab 2026 in Karlsruhe eingeführt werden soll. In der nächsten Ratsperiode wird es nun darum gehen, sie so auszugestalten, dass sie auch eine echte Steuerungswirkung entfalten kann. So wollen wir wiederverwendbare Verpackungen und Geschirr im Vergleich attraktiver machen. Auch über Ausschreibungen und Vergaben können wir die Privatwirtschaft beeinflussen. Unser Ziel sind nachhaltige Beschaffungen. Das ist ein langer Weg mit vielen kleinen Änderungen und Anpassungen. Dafür soll es Schulungen für und Austausch zwischen städtischen Mitarbeitenden geben. Ganz konkret wollen wir zum Beispiel den Anteil an Ausschreibungen für Fahrzeuge mit Elektromotor ohne Option auf Dieselkraftstoffe erhöhen.

3.3) Wie ist Ihre Position im Zielkonflikt zwischen einer Steigerung der Gewerbesteuer-Einnahmen und dem Klimaschutz in der Stadt? Nach welchen Kriterien werden Sie in diesem Zielkonflikt Entscheidungen durchsetzen, die sich am Schutz von Klima und Biodiversität orientieren?

Antwort:

Klar ist: Mit mehr Gewerbegebieten würde es mehr Platz für Unternehmen in Karlsruhe geben und die Steuereinnahmen könnten steigen. Dieses Ziel wird in Karlsruhe glücklicherweise nicht unreflektiert verfolgt. Denn Fläche ist ein endliches Gut. Flächen für Wohnungsbau, die Wärmewände und vieles mehr werden dringend gebraucht. Gleichzeitig brauchen wir Platz für Unternehmen, um beispielsweise Handwerker\*innen eine wirtschaftliche Grundlage zu ermöglichen. Deswegen wollen wir versiegelte Gewerbeflächen möglichst effizient nutzen, auch in die Höhe bauen und gemischte Nutzungen samt Wohnen immer mitdenken. Wir sind davon überzeugt, dass vor allem klimaneutrale Unternehmensstrategien zukunftssträftig sind und daher langfristig stabile Steuereinnahmen für die Kommunen bringen. Heute auf fossile Geschäftsmodelle zu setzen, ist maximal kurzfristig erfolgreich. Daher wollen wir nachhaltige Unternehmen bei der Ansiedlung unterstützen und bestehende Betriebe bei der ökologischen Transformation begleiten.

#### **THEMA 4: Bauen und Wohnen**

4.1) In bestehenden Gebäuden sind viele Materialien enthalten, für deren Herstellung enorme Mengen an Treibhausgasen freigesetzt wurden. Eine wirksame Möglichkeit, um in Zukunft den Ausstoß von Treibhausgasen im Bauwesen zu verringern, ist, anstatt Abriss die Lebensdauer von Gebäuden durch energetische Sanierung, Umnutzung oder Umbau zu verlängern. Auf diese Weise können erhebliche Mengen an Emissionen, Energie, Rohstoffen und Bauabfällen eingespart werden.

Mit welchen Maßnahmen werden Sie sich gegen den Abriss von Bestandsgebäuden und stattdessen für deren Erhalt und Sanierung einsetzen?

Antwort:

Umfangreiche Sanierungen von Gebäuden müssen neuesten Baustandards folgen. Das bedeutet leider häufig, dass wegen neuen Anforderungen, z.B. des Lärmschutzes oder des Brandschutzes, eine Weiter- oder Umnutzung nur schwer möglich ist. Wir unterstützen die Einführung des neuen Gebäudetyps E („experimentell oder einfach bauen“). Damit könnten praktikable Kompromisse gefunden werden, die Sanierungen erleichtern. Aktuell kann der Gebäudetyp für Pilotprojekte eingesetzt werden. Als Kommune haben wir einen direkten Einfluss auf eigene Gebäude, auf Bauvorhaben von Investor\*innen nur mittelbar, wenn diese für ihre Zwecke einen Bebauungsplan benötigen. Steht hier die Frage nach Sanierung oder Neubau im Raum, fordern wir Grüne zukünftig Gutachten mit vergleichenden quantitativen Aussagen zur Bewertung der CO<sub>2</sub>-Bilanz in Bau und Betrieb als Entscheidungsgrundlage ein.

4.2) Die nicht vermehrbare Ressource Boden ist Lebensraum für Tiere und Pflanzen und sichert die Versorgung der Menschen mit Lebensmitteln. Auch in Karlsruhe werden nach wie vor in einem hohen Maß Neubaugebiete ausgewiesen. Damit werden Flächen versiegelt, Lebensräume vieler Tier- und Pflanzenarten und fruchtbarer Ackerboden vernichtet sowie Frischluftschneisen blockiert.

Mit welchen Maßnahmen wollen Sie erreichen, dass die Ausweisung neuer Baugebiete restriktiv gehandhabt und der Flächenfraß gestoppt wird?

Antwort:

Als Grüne verfolgen wir das Ziel der sogenannten Netto-Null beim Flächenverbrauch. Wir wollen, dass in Karlsruhe nur noch maximal so viele Flächen entwickelt werden wie im Flächennutzungsplan 2030 (FNP) vorgesehen. Dieser Plan ist der demokratische Kompromiss, der in Zusammenarbeit mit den Nachbarkommunen Karlsruhes erreicht wurde. Wenn zukünftig neue Flächen und Nutzungsänderungen für eine bauliche Entwicklung (z.B. Konversionen) relevant werden, möchten wir ermöglichen, dass bereits im FNP verankerte Flächen als Tauschflächen herausgenommen werden. So erreichen wir, dass die bisher geltende Grenze der Flächeninanspruchnahme dauerhaft Bestand hat. Um der Bevölkerungsentwicklung und der Nachfrage nach Gewerbeflächen gerecht werden zu können, müssen wir konsequent in die Höhe gehen. So schützen wir den Boden. Das bedeutet nicht automatisch den Bau von Hochhäusern: Einzelne bis wenige Stockwerke mehr bei Sanierungen und Innenentwicklungen können schon viel bewirken.

4.3) Nachverdichtung darf nicht dazu führen, dass Grünflächen versiegelt, Bäume gefällt, Innenhöfe zugebaut, Frischluftschneisen zerstört werden und dass der Hitzestress für die dort lebenden Menschen erhöht wird. Welche Maßnahmen schlagen Sie für eine klimagerechte Nachverdichtung vor?

Antwort:

Einen wirksamen Schutz des Stadtgrüns und der Frischluftschneisen können nur Bebauungspläne und darin klar festgelegte Baugrenzen und Nutzungsarten einzelner Flächen bieten. Innenentwicklungen in Gebieten mit sehr alten Bebauungsplänen sind ausschließlich nach dem geltenden Baugesetzbuch zu bewerten. Dieses Bundesgesetz berücksichtigt die Aspekte der Klimaanpassung der Nachbarschaft bzw. des Quartiers leider nur unzureichend. Da die Stadt Karlsruhe keine ausreichenden Kapazitäten für eine vorsorgliche Änderung oder Neufassung mehrerer hundert Bebauungspläne hat, liegt der wichtigste Hebel im Bund. Es gibt allerdings auch Innenentwicklungen, die gleichzeitig mehr Nutzfläche und mehr Grünfläche schaffen, wenn beispielsweise versiegelte Höfe oder Garagengrundstücke zu Wohnraum mit qualitativ vollen Grünanlagen umgewandelt werden. Diese Entwicklungen wollen wir unterstützen, um der anhaltenden Nachfrage nach Wohnraum gerecht zu werden.

## **THEMA 5: Mobilität**

Aus historischen Gründen ist der Verkehrsraum sehr auf das Auto zugeschnitten. Weniger Autos führen zu weniger Emissionen (Treibhausgase,



Lärm, Feinstaub), weniger Bodenversiegelung und zu einer insgesamt verbesserten Lebensqualität. Für eine klimagerechte und bezahlbare Mobilität in Karlsruhe muss nachhaltiger Fortbewegung wie Zufußgehen, Fahrradfahren, ÖPNV und Carsharing eine deutlich höhere Priorität gegeben werden.

5.1) Wie wollen Sie den Umstieg auf den ÖPNV attraktiver machen und wie wollen Sie erreichen, dass bessere ÖPNV- und Carsharing-Angebote auch Menschen am Stadtrand den Verzicht auf ein privates Auto erleichtern?

Antwort:

Wir setzen uns für den Ausbau des ÖPNV und damit bessere Erreichbarkeiten und kürze Reisezeiten ein. Hierzu gehören u.a. die Einbindung der S31/32 in die Innenstadt, endlich eine Straßenbahn nach Neureut-Kirchfeld, eine Strecke in der Pulverhausstraße und die Reaktivierung der Strecke von Neureut nach Mühlburg. Auch die Ausweitung des Angebots in der Nacht gehört zu unseren Zielen. Zudem muss der ÖPNV durchgängig barrierefrei ausgebaut werden. Wichtig bleibt die Steigerung der Qualität und der Zuverlässigkeit. Dafür halten wir gute Arbeitsbedingungen, eine faire Entlohnung und insgesamt eine deutlich bessere öffentliche Finanzierung für dringend notwendig. Das Carsharing in Karlsruhe verzeichnet bereits stark wachsende Mitgliedszahlen. Wir wollen diesen Prozess weiter unterstützen, in dem mehr Stellplätze im öffentlichen Raum für Carsharing reserviert und diese besser gekennzeichnet werden. Zudem wollen wir Carsharing-Anbieter beim Aufbau von E-Ladeinfrastruktur an ihren Stellplätzen unterstützen.

5.2) Für welche konkreten Maßnahmen werden Sie sich im Gemeinderat einsetzen, um dem Fuß- und Radverkehr Vorrang zu geben?

Antwort:

Wir wollen die Umsetzung des Karlsruher Programms für aktive Mobilität beschleunigen. Dieses beinhaltet z.B. verbindliche Ausbaustandards für das gesamte Radverkehrsnetz, den Ausbau des Bike-Sharings oder weitere Abstellflächen für Fahrräder. So bleiben die Gehwege für Fußgänger\*innen frei. Darüber hinaus wollen wir durchgehende Radvorrangrouten einführen. Entscheidend ist für uns, dass grundlegende Konzepte und beschlossene Ziele bei konkreten Baumaßnahmen eingehalten werden. Ein aktuelles Beispiel stellt die westliche Kriegsstraße dar: Im Zielkonflikt zwischen Parkplätzen und einem Radfahrstreifen stehen wir ganz klar für die nachhaltige Mobilität. An Kreuzungen wollen wir Ampelschaltungen so anpassen, dass sich Wartezeiten für den Fuß- und Radverkehr verkürzen, auch wenn das zu Lasten der Leistungsfähigkeit für Autos geht. In Wohngebieten wollen wir durch modale Filter (wie z.B. Poller) den Auto-Durchgangsverkehr vermindern. So wird Radfahren und Zufußgehen sicherer und attraktiver.

5.3) Wie wollen Sie den Kfz-Verkehr in der Stadt auf ein klimaverträgliches Maß reduzieren? Welche weiteren Tempo 30-Zonen wollen Sie in Karlsruhe einführen?

Antwort:

Um die Mobilität in Karlsruhe klimaverträglich zu gestalten, setzen wir uns für einen starken ÖPNV und Verbesserungen für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen ein. Zusätzlich wollen wir ein stadtweites Parkraummanagement einführen. So wird auf lange Sicht der Flächenverbrauch durch Autos reduziert und die Selbstverständlichkeit des individuellen Autobesitzes hinterfragt. Der gewonnene Platz soll für andere Verkehrsmittel, als öffentlicher Raum und für mehr Grünflächen genutzt werden. Zudem wollen wir den Ausbau der E-Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum verbessern, um einen Umstieg auf Autos mit stadt- und klimaverträglicheren Antrieben zu erleichtern. Tempo 30 wünschen wir uns flächendeckend in der ganzen Stadt. Damit wollen wir die Verkehrssicherheit erhöhen und für ein besseres Miteinander sorgen. Aktuell können wir ohne ein Einlenken des Bundesverkehrsministeriums allerdings nur mit Hilfslösungen Tempo 30 in kleinteiligen Bereichen einführen.

## **THEMA 6: Stadtklima, Grünflächen, Biodiversität**

Zunehmende Hitze und Trockenheit sowie Starkregenereignisse sind besondere Herausforderungen, gerade in den Städten. Die Menschen können nur dann gesund in der Stadt leben, wenn sie ihnen jetzt und in Zukunft ein angenehmes Stadtklima bietet. Dies ist entscheidend davon abhängig, wie „grün“ die Stadt ist. Für die Gesundheit der Menschen und die Stärkung der Biodiversität müssen das vorhandene Stadtgrün erhalten und mehr Grünflächen ausgewiesen werden. Darüber hinaus muss Karlsruhe zur „Schwammstadt“ werden, in der möglichst wenig Regenwasser über die Kanalisation abfließt, sondern im Boden versickern kann, dort gespeichert wird und den Pflanzen zur Verfügung steht.

6.1) Die Grünsatzung soll in Karlsruhe in Zukunft verpflichtend die notwendige Begrünung der bebauten Grundstücke als wichtiger Baustein der Klimaanpassung sicherstellen. Sie weist zum Beispiel die Zahl der Bäume, den Anteil der begrüneten Flächen, der Dach- und Fassadenbegrünung aus. Bisher ist nur eine Grünsatzung als Pilotprojekt für die Innenstadt-West / Innenstadt-Ost im Planungsverfahren.

In welchen zeitlichen Etappen soll die Grünsatzung möglichst kurzfristig auf das gesamte Stadtgebiet ausgedehnt werden?

Antwort:

Die Grünsatzung soll auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden, da wir nahezu in allen Stadtteilen Gebiete ohne Bebauungspläne oder nur mit Bebauungsplänen mit geringen Grünfestsetzungen haben. Als erster Schritt kann die Grünsatzung für die Innenstadt noch in diesem, spätestens im Jahr 2025 rechtswirksam werden. Danach möchten wir diese Regelungen in einem oder mehreren räumlich getrennten weiteren Bebauungsplanverfahren ausdehnen. Für ein solches Bebauungsplanverfahren ist bis zum Abschluss mit einer Bearbeitungszeit von wenigen Jahren zu rechnen, sodass eine Umsetzung bis 2028, also innerhalb der kommenden Ratsperiode, realistisch ist.

6.2) Insgesamt muss das öffentliche Grün mehr werden, um bei zunehmenden Hitzeperioden ein erträgliches Stadtklima in allen Stadtteilen zu realisieren. Zu viele große gesunde Bäume, die für Stadtklima, Stadtbild und Artenvielfalt dringend nötig sind, werden bei Baumaßnahmen immer noch gefällt, anstatt sie langfristig und nachhaltig zu schützen. Wie und in welchem Zeitraum werden Sie mehr Stadtgrün und einen wirkungsvollen Baumschutz erreichen?

Antwort:

Beim Umgestalten von Straßenräumen im Sinne der Mobilitätswende fordern wir, dass mehr neue Baumstandorte geschaffen werden. Dabei können für mehr Lebensqualität in Wohngebieten auch sogenannte Pocket-Parks und kleine Aufenthaltsflächen errichtet werden. Zusätzlich wollen wir durch eine Stellplatzsatzung erreichen, dass bei Bauvorhaben (Sanierung und Neubau) deutlich weniger Flächen für Parkplätze versiegelt werden. In Karlsruhe gilt bereits seit 1996 eine Baumschutzsatzung im Stadtgebiet, die wenigstens Ersatzpflanzungen verpflichtend macht. Es ist zu prüfen, diese auf mehr (kleinere) Bäume auszuweiten und wie zukünftig die Abwägung der öffentlichen Belange stärker zu Gunsten des Baumerhalts auszulegen ist. Der wirksamste Baumschutz besteht allerdings durch Festsetzung in Bebauungsplänen und durch gute Planungen, die den Erhalt von Bäumen als wichtiges Ziel definieren. Dem Erhalt von Bestandsbäumen ist in allen Vorhaben ein hoher Stellenwert einzuräumen.

6.3) Um das Regenwasser nachhaltig nutzen zu können, benötigen wir erheblich mehr Versickerungsflächen, Rückhaltungen und eine Verringerung der Versiegelung. Welche Maßnahmen schlagen Sie dafür vor?

Antwort:

Als Grüne haben wir bereits die Erarbeitung eines Entsiegelungskonzepts gefordert. Damit können größere zusammenhängende Flächen identifiziert werden, die nach einer Entsiegelung als innerstädtische Grünflächen der Schwammstadt dienen können. Solche Flächen bieten gleichzeitig Abkühlung und Raum für Freizeitaktivitäten sowie Naherholung. Bei allen Neu- sowie Umbauten und Sanierungen ist uns wichtig, dass Regenwasser auf dem Grundstück selbst versickern kann und nicht in die Kanalisation geleitet wird. Der direkte natürliche Kreislauf ist dabei nachhaltiger als beispielsweise technische Anlagen zur Speicherung des Regenwassers. Zusätzlich sind Retentionsflächen für Starkregenereignisse notwendig. Solche Rückhalteflächen können auch auf öffentlichen Straßen und Plätze gebildet werden.

## **THEMA 7: Energie**

Gemäß dem vom Gemeinderat beschlossenen Klimaschutzkonzept soll die Stadt Karlsruhe bis 2040 klimaneutral werden. Der vom Gemeinderat im November 2023 beschlossene Energieleitplan bezeichnet dieses Ziel als unrealistisch.

## 7.1) Welche konkreten Konzepte haben Sie, damit das Ziel einer CO2-neutralen Stadt bis 2040 dennoch erreicht werden kann?

Antwort:

Das Ziel, bis 2040 klimaneutral zu werden, ist aus unserer Sicht sehr anspruchsvoll, aber nicht unrealistisch. Die größte Herausforderung neben der Verkehrs- und Ernährungswende liegt dabei in der klimaneutralen Wärmeversorgung. Beim Erarbeiten des Energieleitplans haben wir eingefordert, dass ein weiteres Zielszenario entwickelt wird: Auch bei einer geringeren und damit realistischeren Sanierungsquote als 4% soll eine klimaneutrale Wärmeversorgung mit einer Kombination aus netzgebundener Wärme möglich sein. Diese Wärme kann unter anderem aus Geothermie sowie aus Großwärmepumpen und Wärmepumpen für Einzelgebäude kommen. Neben einer dekarbonisierten Wärmeversorgung möchten wir erreichen, dass wir gesamtgesellschaftlich weniger (Wärme-)Energie verbrauchen. Dementsprechende Gebäudekonzepte und zugehörige Kampagnen der Stadtwerke unterstützen wir.

Antwort:

Der notwendige Zubau von Photovoltaik gelingt nur mit einem Bündel von Maßnahmen. Zunächst wollen wir die Akteur\*innenvielfalt stärken. Dabei kommt Bürger\*innenenergiegenossenschaften wie der Benka eine besondere Rolle zu. Darüber hinaus treiben wir den Umsetzungserfolg bei der Errichtung von Solaranlagen durch die Stadt Karlsruhe auf den städtischen durch konstantes Monitoring an. Zudem fordern wir ein permanentes Risikomanagement. So können Umsetzungshindernisse zeitnah beseitigt werden. Darüber hinaus müssen wir weiterhin bei Bürger\*innen und Unternehmen verstärkt das Errichten von Solaranlagen auf privaten Dächern und den Dächern von Unternehmensgebäuden bewerben. Dafür wollen wir die Beratungsangebote ausbauen und, wo erforderlich, Förderprogramme wie „KlimaBonus Karlsruhe“ weiterentwickeln.

Antwort:

Fernwärme: 1) Belastbare Planungs- und Umsetzungszeiträume für die Wärmeleitplanung gegenüber den Bürger\*innen klar darstellen 2) Planung und Realisierung des Fernwärmeausbaus beschleunigen 3) Zielszenario der Wärmeplanung unter Annahme realistischer Sanierungsquoten der Gebäude erarbeiten 4) Fernwärme durch neue Wärmequellen dekarbonisieren (z. B. Geothermie, Abwärme klimaneutrale Industrieprozesse) 5) Gesellschaftlichen Konsens zur Nutzung der Geothermie erarbeiten (z.B.

Bürger\*innenrat) Nahwärme: 6) Wärmequellen für Nahwärmenetze identifizieren (Industrie, Rechenzentren, Biomasse) 7) Planung möglicher Nahwärmenetze samt Umsetzung inkl. Suche nach Investor\*innen beschleunigen Gebiete ohne Wärmenetze: 8) Kontinuierliche Kommunikation und Information zur Wärmepumpentechnologie zusammen mit dem Handwerk aufbauen 9) Beratungsangebote für Bürger\*innen und Unternehmen bei der KEK ausbauen 10) Das Stromverteilnetz für die Versorgung von Wärmepumpen fit machen

## THEMA 8: Ernährung

Die Herstellung von Lebensmitteln verursacht etwa ein Viertel der menschengemachten Treibhausgase, insbesondere durch die Tierhaltung. Die Ernährungswende hin zu überwiegend pflanzlichen Lebensmitteln ist damit ein wichtiger Faktor bei der Bewältigung der Klimakrise. Weitere Vorteile sind positive Effekte auf die menschliche Gesundheit, Ernährungssicherheit für eine wachsende Weltbevölkerung sowie Schonung von Tier- und Umwelt.

8.1) Die Planetary Health Diet (PHD) ist eine überwiegend pflanzliche Ernährungsweise und stimmt mit den Empfehlungen der Deutschen **Gesellschaft für Ernährung** weitgehend überein. Bei einer Ernährung gemäß der PHD besteht der überwiegende Anteil dessen, was auf dem Teller landet, aus Gemüse, Obst, Vollkorngetreide, Hülsenfrüchten und Nüssen. Der Anteil tierischer Produkte ist dabei gegenüber dem durchschnittlich in Deutschland konsumierten Anteil deutlich reduziert. Wie und in welchem Zeitraum werden Sie ein entsprechendes Angebot bei der Verpflegung in kommunalen Einrichtungen (z. B. Kitas, Schulen, Kantinen und Krankenhäusern) umsetzen?

### Antwort:

Für uns Grüne ist die „Planetary Health Diet“ die globale Ernährungsform der Zukunft. Im Gemeinderat haben wir erreicht, dass bei der Schul- und Kitaverpflegung die Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung (DGE) verbindlich eingehalten werden. Das bedeutet u. a., dass nur einmal in der Woche Fleisch und einmal Fisch angeboten werden, wobei vegetarisch lebende Schüler\*innen die ganze Woche fleischlos essen können. Wir setzen uns dafür ein, dass künftig auch ein veganes Essen ermöglicht wird. Wir wollen, dass sich alle Schulen auf Wunsch künftig für die gleichwertige vegetarische Menüalternative der DGE entscheiden können. Den von uns beantragten Bioanteil bei der Schul- und Kita-Verpflegung, der derzeit bei rund 40 bis 70 % liegt, wollen wir weiter erhöhen. Wir setzen uns für verbindliche Zielvereinbarungen der Stadt mit allen städtischen Kantinen für die Erhöhung ihres Bioanteils auf mindestens 30 % und für ihre DGE-Zertifizierung bis 2030 ein.

8.2) Aufgrund der Klimakrise gerät die Ernährungssicherheit in Gefahr. Wie unterstützen Sie die lokalen Landwirt:innen und Händler:innen bei ihrer Existenzsicherung und der Umstellung auf ein nachhaltiges, überwiegend pflanzliches Angebot sowie bei Klimaanpassungsmaßnahmen?

### Antwort:

Für uns Grüne ist der Erhalt unserer Kulturlandschaft aus Gründen des Klimaschutzes, der Biodiversität und der gesunden Ernährung zentral. Wir setzen uns für eine nahturnahe

Landwirtschaft ein mit dem Ziel, dass bis 2030 mindestens 30 bis 40 % der Bauernhöfe auf ökologische Bewirtschaftung umstellen. Eine wichtige Stellschraube ist eine kommunale Ernährungsstrategie, bei der städtische Kantinen, die Gastronomie sowie Caterer mit regionalen Zuliefer\*innen vernetzt werden. Von dieser Kreislaufwirtschaft profitieren beide Seiten: die regionalen Höfe durch verlässliche Abnahmeverträge für ihre Produkte und die Einrichtungen der Außerhausverpflegung (AHV), indem sie regionale und saisonale Produkte bei ihren Menüplanungen verlässlich berücksichtigen können. Wichtig sind auch Food-Kooperationen von Bürger\*innen, die Verteilungsstellen für regionale Lebensmittel aufbauen und damit die Direktvermarktung der Landwirt\*innen in unserer Stadt zusätzlich zu den Hofläden stärken.

8.3) Eine Umstellung auf eine klimagerechte Ernährung erfordert eine breite Akzeptanz und Beteiligung in der Bevölkerung. Welche Maßnahmen wollen Sie umsetzen, um die Karlsruher Bürger:innen über die Auswirkungen verschiedener Ernährungsweisen auf das Klima aufzuklären und die Bürger:innen bei der Umstellung ihrer Ernährung zu unterstützen?

**Antwort:**

Nachhaltige Ernährung kann nicht verordnet werden: Menschen müssen dafür gewonnen werden. Und sie darf nicht von der Kaufkraft der Menschen abhängen. Mit einer kommunalen Ernährungsstrategie wollen wir eine gesunde und nachhaltige Ernährung für alle Menschen in unserer Stadt erreichen. Mehr Informationen, Bildung und öffentliche Events der Stadt sind notwendig, aber vor allem die Einbindung und Vernetzung des bereits bestehenden ehrenamtlichen Engagements der Zivilgesellschaft. Beispielhaft seien genannt: Umwelt- und Naturschutzverbände, Vereine wie Tischlein-Deck-Dich mit dem Kinderkochmobil (KiKoMo) und Slow Food mit dem Slowmobil und dem Kochrad, Urban Gardening und Solawi, der Verein Lobin mit der Kulturküche, Bildungsinitiativen wie Glow, die vhs sowie die Vernetzung mit den Hochschulen, insbesondere mit dem Karlsruher Transformationszentrum für Nachhaltigkeit und Kulturwandel (KAT). Dessen Reallabor KARLA befasst sich u. a. auch mit dem Thema Klimaschutz und Ernährung.